

<input type="checkbox"/> Frau <input type="checkbox"/> Herr	Geburtsdatum:
Name:	Geburtsort:
Vorname(n):	Staatsangehörigkeit:

Angaben zum/r Antragsteller/in

Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort):	
Rentenversicherungsnummer: <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	Geschlecht: <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Familienstand: <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verh. <input type="checkbox"/> gesch. <input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft	Staatsangehörig. des Ehegatten/Lebenspartners:
Aufenthaltsstatus: <input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis ¹ <input type="checkbox"/> Aufenthaltsgestattung ² <input type="checkbox"/> Aussetzung der Abschiebung ³ <input type="checkbox"/> beantragt <input type="checkbox"/> erteilt am _____	
gültig bis:	Rechtsgrundlage der Aufenthaltserlaubnis:

_____ Datum

_____ Unterschrift Antragsteller/in

Angaben zum Betrieb

Name des Betriebes:	Betriebsnummer: <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Anschrift des Betriebes (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort):	
Ansprechpartner (Name, Telefon, Telefax, e-mail):	
Fortsetzung der bisherigen Beschäftigung: ⁴ <input type="checkbox"/> ja, beschäftigt seit _____ <input type="checkbox"/> nein	
Ort/Gebiet der Beschäftigung:	Art der auszuübenden Beschäftigung:

Es wird hiermit bestätigt, dass der Arbeitnehmer entsprechend der anliegenden Stellenbeschreibung beschäftigt werden soll.

Anlage Arbeitsvertrag (sofern vorhanden)

_____ Datum

_____ Firmenstempel und Unterschrift des Arbeitgebers

Stellenbeschreibung:

Zur Vorlage im Verfahren der Zulassung ausländischer Arbeitnehmer/innen zum deutschen Arbeitsmarkt

1. Berufsbezeichnung:

2. Stellenbeschreibung (Fachrichtung, Funktionsbereich, Branchen, Produkte)

Tätigkeit als Leiharbeiter/in

3. Erforderliche Kenntnisse, Fähigkeiten, Erfahrungen:

Führerschein erforderlich:

- nein
 ja, Klasse _____

4. Erforderliche Qualifikation:

- ohne Ausbildung Ausbildung als/zum/zur sonstige: _____
 Fachschule Hoch-/Fachhochschule

5. Arbeitszeit:

- Vollzeit _____ Std./Woche
 Teilzeit _____ Std./Woche
 geringfügige Beschäftigung _____ Std./Woche
 sonstige (bitte auf gesondertem Blatt)

Bei Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung sind die einzelnen Tagesarbeitszeiten anzugeben:

Montag	von	bis
Dienstag	von	bis
Mittwoch	von	bis
Donnerstag	von	bis
Freitag	von	bis
Samstag	von	bis
Sonntag	von	bis

6. Arbeits-/Einsatzort (lt. Arbeitsvertrag)

an dem die Arbeitsleistung üblicherweise erbracht wird:

- _____
 wechselnde Arbeits-/Einsatzorte

7. Voraussichtliche Dauer der Beschäftigung:

- unbefristet
 befristet bis _____

8. Stelle ist zu besetzen:

- ab sofort
 ab _____

9. Lohn/ Gehalt: laut Arbeitsvertrag: (bitte Angabe in EURO (€) brutto)

- stündlich (€) monatlich (€) zusätzliche, geldwerte Leistungen: (€)
 gemäß Tarifvertrag (bitte angeben): _____
 Arbeitsvertragliche Regelung

10. Sind Sie ggf. bereit, bevorrechtigte Arbeitnehmer einzustellen?

- Ja Nein (ausführliche Begründung bitte auf gesondertem Blatt)

Die Bundesagentur für Arbeit ist grundsätzlich verpflichtet zu prüfen, ob geeignete bevorrechtigte Arbeitnehmer/innen zur Verfügung stehen (Vorrangprüfung). Ergibt die Prüfung, dass geeignete Bevorrechtigte zur Verfügung stehen, kann eine Zustimmung nicht erteilt werden. In bestimmten Fällen ist keine Vorrangprüfung erforderlich. Unabhängig davon muss die Bundesagentur für Arbeit immer prüfen, ob die Arbeitsbedingungen denen vergleichbarer inländischer Arbeitnehmer/innen entsprechen.

Die Angaben in dieser Stellenbeschreibung entsprechen den Inhalten des Arbeitsvertrages, der zwischen dem bezeichneten Unternehmen und dem/der Antragsteller/inn geschlossen wird. Mir ist bekannt, dass der Arbeitgeber, bei dem ein/e Ausländer/in beschäftigt werden soll, der dafür eine Zustimmung benötigt, der Bundesagentur für Arbeit Auskunft über Arbeitsentgelt, Arbeitszeiten und sonstige Arbeitsbedingungen zu erteilen hat (§ 39 Absatz 2 Satz 3 Aufenthaltsgesetz). Mir ist bekannt, dass diese Stellenbeschreibung an Dritte (Kommune, Gemeinsame Einrichtungen nach SGB II) zur Suche nach bevorrechtigten Bewerbern weitergegeben werden kann.

Ort, Datum

Firmenstempel und Unterschrift des Arbeitgebers

Ausfüllhinweise für den Arbeitgeber zum Vordruck *Ausländerbeschäftigung*

Zur Ergänzung eines Antrags auf Erteilung, Verlängerung oder Änderung eines Aufenthaltstitels, der zu einer zustimmungspflichtigen Beschäftigung oder betrieblichen Aus-/Weiterbildung berechtigen soll, können Ausländer/Arbeitgeber bereits gegenüber der Ausländerbehörde Angaben zur künftigen Tätigkeit machen. Rechtsgrundlage sind die §§ 17, 18, 39 AufenthG.

Auf Unionsbürger, Staatsangehörige der Schweiz und Ausländer aus Drittstaaten, die eine Beschäftigung auf der Grundlage einer zwischenstaatlichen Vereinbarung aufnehmen wollen (z. B. Werkvertragsarbeitnehmer, Gastarbeitnehmer; vgl. §§ 39 - 41 BeschV) findet das Zustimmungsverfahren, für das dieser Vordruck verwendet wird, keine Anwendung.

Der Vordruck besteht aus 2 Seiten. Die persönlichen Angaben in der Kopfzeile und die Angaben zum/r Antragsteller/in sind vom Arbeitnehmer auszufüllen und zu unterschreiben. Die Angaben zum Betrieb und die Stellenbeschreibung sind vom Arbeitgeber auszufüllen und auf jeder Seite zu unterschreiben.

-
- ¹ Eine vor dem 01.01.2005 erteilte unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung gilt nach diesem Zeitpunkt als Niederlassungserlaubnis, die übrigen Aufenthaltsgenehmigungen (Bewilligung, Befugnis, befristete Erlaubnis) gelten als Aufenthaltserlaubnisse fort, jeweils entsprechend dem ihrer Erteilung zu Grunde liegenden Aufenthaltswort und Sachverhalt (§ 101 AufenthG).
 - ² Asylbewerber, die sich seit einem Jahr gestattet im Bundesgebiet aufhalten (§ 61 Abs. 2 AsylVfG).
 - ³ Geduldete Ausländer, die sich seit einem Jahr erlaubt oder geduldet im Bundesgebiet aufhalten (§ 60a AufenthG, § 10 BeschVerfV).
 - ⁴ Eine Fortsetzung der bisherigen Beschäftigung liegt auch vor, wenn der/die Antragsteller/in zu geänderten Arbeitsbedingungen weiterbeschäftigt werden soll.